

- der aus Not begangenen Verbrechen und Vergehen, einschließlich der gegen die §§ 218, 219!
- Gegen die Diktatur des Trautkapitals!
- Gegen den Bürgerkrieg!
- Gegen Koalitionspolitik!
- Gegen den großkapitalistischen Steuerraub und Mietwucher!
- Für proletarischen Klassenkampf!
- Für ein Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen Bauern!
- Für eine Arbeiter- und Bauernregierung!
- Für ein Sowjetdeutschland!
- Für die Verteidigung des Vaterlandes aller Unterdrückten und Gehemmelten, die Sowjetunion!

Wählt die Liste:

- Siegfried Kädel, Zimmermann;
- Paul Frölich, Schriftsteller;
- Hräf, Vorsitzender des Internat. Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit;
- Oiga Körner, Hausfrau;
- Hans Neuhof, Metallarbeiter.

- Unterstützt den Kampf der Kommunisten!
- Zeichnet für den Wahlfonds der KPD!

Die Parteiarbeiterkonferenz der KPD Ostpreußen
Wahlkreis Dresden-Bauhen

Deutsche Sozialdemokraten machen Kommunistenjagd

Jörgiebel verfolgt kommunistische Abgeordnete im Auftrage der Klassenjustiz!

Berlin, 2. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie der Montagmorgen mitteilt, jähndet die Berliner Kriminalpolizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jörgiebel mit allen Mitteln nach dem Verbleib der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Stöcker, Roenen, Hornle, Hedert, Kemmerle und Pfeiffer, die auf Veranlassung des Oberreichsanwaltes sofort verhaftet und nach Leipzig übergeführt werden sollen, da anzunehmen sei, daß sie sich nicht freiwillig zu dem Termin, der für den 8. Mai festgesetzt ist, einfinden würden. Bisher ist es der Berliner Kriminalpolizei nicht gelungen, auch nur einen der gesuchten Abgeordneten zu verhaften, trotzdem man sie in ihren Wohnungen und in den Parteibüros überall gesucht hätte. Man glaubt (?), daß sie in das Ausland geflüchtet sind.

Greifstift mit den Pfaffen gegen den Genossen Dr. Schminde

Berlin, 2. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Circus Busch hielten gestern die Katholiken eine Protestversammlung gegen die Beschlüsse des Neubühler Bezirksamtes ab. Der Bezirksamtsrat Dr. Schminde hatte bekanntlich einen Erlass herausgegeben, der den Pfaffen nur gestattet, die Kranken zu besuchen, die nach ihnen verlangen. Der Oberpräsident der Provinz-Brandenburgischen Aufsichtbehörde hatte den Bescheid des Bezirksamtes aufgehoben und somit verfügt, daß die Pfaffen auch gegen den Willen und zum Schaden der Kranken dieselben in den Sälen der öffentlichen Krankenanstalten besuchen dürfen. In der Versammlung machte der Konferenzabgeordnete Köttinger bekannt, daß diese Verfügung des Oberpräsidenten nach Rücksprache mit dem preussischen sozialdemokratischen Innenminister Greifstift erging, und dankte den beiden in bewegten Worten für die Anerkennung der katholischen Belange, die sie durch diesen Beschluß bewiesen haben. An den Verrat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vertrat sich würdig an dieses Arm-in-Arm-Marschieren des preussischen sozialdemokratischen Innenministers mit dem reaktionären Klerus der katholischen Kirche.

Deutschnationale Betterswirtschaft

Zwei neue Oberregierungsräte im Innenministerium

Berlin, 2. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach den Mitteilungen des Berliner Ingeblattes hat der Innenminister Reubell noch schnell vor Vorsitzendem Wallraf und von Rissen zu Oberregierungsräten im Reichsinnenministerium ernannt. Er weiß, daß die zentrale Bureaufkräse mehr zu sagen hat als alle Reichstagsabgeordnete, mag sie auch noch so sehr gegen die Deutschnationalen ausfallen. Der neue Oberregierungsrat Wallraf ist der Sohn des deutschnationalen Abgeordneten gleichen Namens, der einmal Präsident des Reichstages gewesen ist. Kommentar überflüssig!

Die Arbeiter mit den Kommunisten gegen die sozialdemokratischen Banditen

Der Lügen „Vorwärts“ entlarvt

Berlin, 31. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Rote Fahne berichtet, daß ein parteiloser Arbeiter des Berner Werkes der Siemenswerke im Reichstag den Verhandlungen am vorigen Donnerstag bewachte und Zeuge des Vorfalles der sozialdemokratischen Führer auf die Kommunisten war. Arbeiter des Berner Werkes riefen die Rote Fahne getreuer telephonisch an und verifizierten der Rote Fahne ihre brüderliche Solidarität im Kampf um die Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen.

Die Belegschaft der Firma Holzmann, Baustraße 100 Ober Schöne weide, teils gewerkschaftlich organisiert, überforderte der Rote Fahne eine Entschließung in der es u. a. heißt:

„Die Belegschaft nimmt Kenntnis von der Sabotage der Amnestie seitens der sozialdemokratischen Führer. Sie appelliert an alle sozialdemokratischen Arbeiter, den Kampf für die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen bis zum Siege fortzusetzen und Schluss zu machen mit der Schmach der SPD-Politik.“

Die Rote Fahne stellt den Widersprüchen und Lügen des Berichtes im Vorwärts den offiziellen Parlamentsbericht des Vereins der deutschen Zeitungserleger entgegen, in dem es heißt:

„Von oben wurde auch ein Tintenschuß in die untenstehenden Kämpfer geschleudert. Es blieb auch nicht ganz ohne blutige Folgen.“

Durch diesen Wurf erhielt Genosse Berz eine blutige Seizmundwunde und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Der Vorwärts lügt und behauptet, Genosse Dengel habe einen Spudnapf geworfen. Der Vorwärts gibt selbst zu, daß die sozialdemokratischen Faustschläger auf den oberen Stufen der Estrade befanden. Sie nahen also ihre günstige Stellung aus, um auf die Kommunisten von oben herunter zu schlagen. Es ist auch eine Lüge, daß der sozialdemokratische Dr. Moses behauptet worden sei. Dr. Moses erklärte gestern zur Genüge, es sei wohl seine ärztliche Hilfe abgelehnt worden, aber man habe ihm keine Schlage angeboten. Es kommt auch die bürgerliche Presse.

Die Furcht vor der Abrechnung

Mit Lüge und Verleumdung

Die Sozialdemokratische Partei gegen die Kommunisten in den Wahlkampf. Der Schurkenstreich der Abrechnung der Amnestie soll mit allen Mitteln der Verdrückung, der Lüge und Verleumdung zu einer Decke gegen die Kommunisten umgewandelt werden.

Es wird den sozialdemokratischen Genossen nicht schwerfallen, vor der Arbeiterklasse zu begründen, daß die Qualen der proletarischen politischen Gefangenen, die wegen der Familienverlängerung haben. Kein Arbeiter wird den Genossen nicht glauben, daß den proletarischen Gefangenen deswegen die Kerkertore nicht geöffnet, weil die Amnestie nicht amnestiert werden sollen. Jeder Arbeiter weiß, daß sozialdemokratische Minister u. Regierung oder Parteipräsidenten die Amnestie begünstigt haben. Die Arbeiterklasse weiß, daß die SPD nicht erfüllt, daß sie die Amnestie nach den Wahlen wollte. Dort, wo die SPD in den Regierungen einen entscheidenden Einfluß hat, sei es im Reich, sei es in den Ländern, hatte sie nicht, so daß die Amnestie nicht durchgeführt wurde. Auch nach den Reichstagswahlen, das weiß die SPD ganz genau, kann eine Amnestie nicht erreicht werden mit den gleichen Parteien, wie sie jetzt hätte durchgeführt werden können.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Volkspartei die Amnestie auch nach den Wahlen verlangen wird.

Durch den Amnestiekampf der Kommunisten wurde die SPD gezwungen, ihre wahre Stellung zur Amnestie klar zu setzen. Diese Klarstellung verleiht die SPD in die gleiche Lage, daß sie wie die Banditen über die Kommunisten verfallen. Selbstverständlich verurteilt sie jetzt, die Schuld auf die Kommunisten abzuwälzen. Die bürgerliche Presse lehnt dabei den sozialdemokratischen die beste Einstellung. Um die eigene Schandtat, das Frägen mit Spudnapf, Räuben und Spudnapf zu verheimlichen, verbreitet die SPD jetzt die Lüge, der Genosse Dengel habe mit einem Spudnapf geworfen. Die Volkspartei drückt

eine Zeichnung ab, auf der dargestellt wird, wie Dengel einen Spudnapf wirft. Aber der Banditenstreich der SPD läßt sich nicht mehr ableugnen. Selbst der Vorwärts mußte zugeben, daß die Sozialdemokraten vor der Estrade auf die Kommunisten geschlagen haben. Der Anzeiger brachte am ersten Tage einen Bericht, in dem festgestellt wurde, daß die SPD mit Räuben und Spudnapf auf die Kommunisten losgeschlagen hat. Am nächsten Tage brachte der Anzeiger dann auch eine Zeichnung, und stimmte in den Chor der übrigen Presse gegen die SPD ein. Der Volksstaat bringt aber noch am Freitag folgende Darstellung:

„Sozialdemokratische Abgeordnete packen einen Kommunisten, zerren ihn unter die Bänke und bearbeiten den Mund und Hißlofen mit Stiefeln und Räukeln. Ein anderer alter sozialdemokratischer Abgeordneter schwingt einen Spudnapf und mißhandelt den Kommunisten Berz. Der Spudnapf wird zertrümmert, Berz bricht zusammen, blutüberströmt wird er hinausgeführt.“

Auch hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die SPD die Angreiferin war.

Eine Verkleinerung ist da nicht möglich. Die Haltung ist ganz klar.

Wir haben schon vorige Woche darauf hingewiesen, daß die SPD den Kampf gegen die KPD anzusetzt, um der Kritik der Enthüllung und Entlarfung durch die KPD auszuweichen. Das zeigen heute die SPD jetzt schon an, daß sie keine KPD-Rebellen in ihren Versammlungen sprechen lassen will.

Die Aufklärung setzt das schlechte Gewissen, das die SPD bei dem Wahlkampf hat. Sie fürchtet sich vor der Auseinandersetzung, Ängst in Angst mit den Kommunisten vor den Wahlen zu setzen.

Die Arbeiter aber werden mit der KPD gegen den Bürgerkrieg und auch gegen die Kapitalisten marschieren.

Unveränderte Lage im Buchdruckerstreik

Bührer als Arbeitervertreter entlarvt

Die Lage im Buchdruckerstreik in Dresden ist unverändert. Der Streik wird weitergeführt. Am Mittwoch soll die Gesamtzusicherung erfolgen. Die Buchdrucker müssen alles daran setzen, um es zu keiner Zerplitterung, zu keinem Kompromiß kommen zu lassen.

Wie wir erfahren, hat der sozialdemokratische Parteimeister Dr. Bührer als Kandidat des Stadtrates eine derartig offene arbeitervertretende Haltung im Buchdruckerstreik eingenommen, daß die Empörung auch der sozialdemokratischen Kollegen im Dresdner Anzeiger, der ihm unterstellt ist, die SPD zwingen wird, Bührer offiziell fallen zu lassen. Die kommunistische Fraktion im Dresdner Stadtparlament wird in der heute Abend stattfindenden öffentlichen Stadtverordnetenversammlung einen Dringlichkeitsantrag einbringen, wonach den Buchdruckern im Dresdner Anzeiger, der mit städtischen Geldern arbeitet, die den Forderungen des Buchdruckerverbandes entsprechenden Lohnsätze gezahlt werden sollen. Bei dieser Gelegenheit wird Dr. Bührer sich wegen seiner Haltung in diesem Konflikt verantworten müssen.

Zur Zeit streifen im Dresdner Gau über 1500 Buchdrucker.

Buchdruckerstreik auch in Stettin

Stettin, 2. April. (Eig. Drahtbericht.)

Infolge des Streiks der Schichtenkräfte hat Sonntag sind die Blätter der bürgerlichen Zeitungen nicht erschienen. Die haben gemeinsam eine Notsetzung zur Unterrichtung über die laufenden Tagesereignisse herausgegeben.

Die Arbeiterstimme bewilligt die Forderungen der Buchdrucker.

Die Arbeiterstimme

das Organ der Kommunisten, ist die Zeitung des revolutionären Proletariats.

Die Arbeiterstimme

vertritt und kämpft für die Befreiung der Werktätigen. — Unterstützt die Arbeiterstimme! Werbet Abonnenten und Leser!



Landsberg

der juristische Abgeordnete der SPD im Reichstag, gegen die Amnestie

Reformistische Sabotage des Bergarbeiterkampfes an der Ruhr

Essen, 2. April. (Eig. Drahtbericht.)

In Bochum fand gestern eine Ruhrreformerkonferenz des Bergarbeiterverbandes statt, in der über die Verhandlungen der Unternehmerrunde berichtet wurde. Der Vorsitzende des Verbandes, Meyer, erklärte nach einer wüsten Rede gegen die kommunistische Partei und das Ruhrbecken, daß der Verband an den Reichstagsabgeordneten Strauss appelliert wurde, einen für die Bergarbeiter möglichst weiten, unanständig ausfallenden Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären. Würde der Schiedsspruch doch für verbindlich erklärt werden, so ist nichts mehr zu machen und ein Streik um die 7-Stunden-Schicht unter Tage unmöglich. In der Vorkonferenz hatte der Reichstagsabgeordnete auf, die über die von den Bergarbeitern in allen Versammlungen aufgestellten dringlichsten Forderungen, die verlangte, daß diese Forderungen jedoch nicht öffentlich bekannt werden dürften, da das nur den Unternehmern nutzen würde. Aus den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten ging hervor, daß die Verantwortlichkeit der Bergarbeiterverbandes es ablehnt, irgendwelche Maßnahmen zur Beilegung des Konfliktes einzuleiten, was einer direkten Ermächtigung der Regierung gleichkommt. In der Diskussion sprach auch ein oppositioneller Arbeiter. Er erklärte, daß der hochwürdige Papst zu Brno ein Wort an den Bergarbeitern hat, wenn man sich vorübergehend nicht die Hoffnung auf die Richterung durch die Regierung eines Unternehmerrundens durch den bekannten unternehmerfreundlichen Strauss hat, sondern man sich beim Streik auch gegen einen etwa für verbindlich erklärten Schiedsspruch für unzustandig hält, dann ist alles Gerede der Bergarbeiterverbandes Führer über den Kampf am 1. Mai eine bloße Phrase.

Paare war die Konferenz zu Ende. Sie sollte nach dem Willen der reformistischen, schlichtungsgerechten Verhandlungsreihe dann dienen, die Bergarbeiter auf die Unternehmung unter der unternehmerfreundlichen Schiedsspruch vorzubereiten und den Streik für die 7-Stunden-Schicht abzumildern. Fein das Traumen des Schiedsspruch nicht unterzeichnet wird, glauben ja auch die Bergarbeiter nicht.

In 14 Tagen soll eine neue Konferenztagung stattfinden. In dieser soll der Verrat der Reformisten benannt werden.

Die Zurückweisung werden die oppositionellen Kräfte im Verband benutzen, die Masse der Bergarbeiter, um den Kampf um die 7-Stunden-Schicht und gegen die Schichtzeit zu gewinnen. Die Solidarität der ganzen deutschen Arbeiterklasse ist den Bergarbeitern, die um ihr Streikrecht und um die 7-Stunden-Schicht kämpfen, gewiß.

Streik im Berliner Expeditionsgerwerbe

Berlin, 2. April. (Eig. Drahtbericht.)

Eine am Sonnabend Abend stattfindende Versammlung der Arbeiter im dem Berliner Expeditionsgerwerbe hat den Schiedsspruch, der für die Zeit bis 30. September 3. März und weiter bis 31. März 1929 1. März Lohnerhöhung vorsch. ebenfalls abgelehnt. Derselbe trat bereits gestern, Sonntag früh, in Kraft. In Berlin züht das gesamte Expeditionsgerwerbe.

Neue MassenDemonstrationen in der Tschechoslowakei

Unter Führung der Kommunisten!

Prag, 2. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Protestaktion unter Führung der kommunistischen Partei gegen die Verflechtung der Sozialversicherung nimmt ihren Fortgang. Die heute ist in Prag ein Proteststreik in allen Betrieben organisiert. In Prag wird am Donnerstag eine große Protestkundgebung stattfinden. Auch in anderen großen Städten des nordböhmischen Industriegebietes sind große Kundgebungen angekündigt. Die reaktionäre Regierungspresse und die gesamte bürgerliche Presse hehen in der schlimmsten Weise gegen die Demonstrationen und fordern die Regierung auf, dieselben mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Klassenurteile gegen französische Kommunisten

Paris, 1. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Pariser Polizeigericht hat heute wiederum einigte strenge Urteile gegen drei kommunistische Abgeordnete ausgesprochen. Martin wurde in Abschiebung wegen eines Artikels in der „Lumaine“, der gegen ein Interdikt eines Marschalls sprach, hier, zu vier Jahren Gefängnis und 5000 Francen Geldstrafe verurteilt. Ducloux wegen Verherrlichung der Artikel über den Krieg in China zu drei Jahren Gefängnis und 1000 Francen Geldstrafe. Der Abgeordnete Klammrus wurde zugleich mit zwei anderen Redakteuren in der Veretzungsinstanz wegen mehrerer Artikel in kommunistischen Zeitungen zu je drei Jahren Gefängnis und 2000 Francen Geldstrafe verurteilt.